

Satzung

des Vereins Dorfgemeinschaft Unter-Widdersheim

Präambel

Der Verein Dorfgemeinschaft gründet sich in Anbetracht des zurzeit im Stadtteil Unter-Widdersheim der Stadt Nidda laufenden Landesprogramms „Dorferneuerung Unter-Widdersheim“ und der Probleme der Stadt Nidda, wegen anhaltender Unterfinanzierung des städtischen Haushalts freiwillige Leistungen möglicherweise künftig nicht mehr erbringen zu können.

§ 1

Name, Sitz, Rechtsform u. Geschäftsjahr

(1) Der Verein führt den Namen „Dorfgemeinschaft Unter-Widdersheim“.

(2) Der Verein hat seinen Sitz im Stadtteil Unter-Widdersheim der Stadt Nidda im Bundesland Hessen.

(3) Er soll als rechtsfähiger Verein in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach Eintragung führt er den Zusatz „e. V.“.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Hinweis:

Der Verein wurde am 13.07.2015 unter der Nr. 2914 ins Vereinsregister beim Amtsgericht Friedberg eingetragen.
gez. Schneider (Vorsitzender)

§ 2

Zweck und Ziele des Vereins

(1) Zweck und Ziele des Vereins sind die Förderung der Jugend-, Senioren-, Familien- und Vereinsarbeit im Stadtteil Unter-Widdersheim sowie die Erhaltung und Gestaltung der hierfür vorhandenen und noch erforderlichen dörflichen Infrastruktur.

(2) Der Zweck des Vereins wird beispielsweise durch die Übernahme folgender Aufgaben erfüllt:

- **Einsatz zur Erhaltung und Gestaltung des Dorfgemeinschaftshauses Echzeller Straße 1 als wichtigster, weil einzige hochbauliche Infrastruktur des Stadtteils, die von der Dorfgemeinschaft in vielfältiger Art bereits genutzt wird.**
- **Trägerschaft des Dorfgemeinschaftshauses für den Fall, dass die Stadt Nidda nicht mehr in der Lage ist, die Baulichkeit als öffentliche städtische Infrastruktur zu erhalten.**

- **Beratung und Unterstützung der existierenden und der künftigen Dorfvereine zur Erhaltung und Angebotsverbesserung ihrer dorfgemeinschaftlichen Aktivitäten insbesondere im Bereich der Jugend-, Senioren- und Familienhilfe.**
- **Organisation einer Mitnutzung des Dorfgemeinschaftshauses als Informationszentrum für das benachbarte Naturschutzgebiet „Mittlere Horloffau“ .**

§ 3

Gemeinnützigkeit

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

(2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins

(4) Die Mitglieder der Organe des Vereins haben gegenüber dem Verein einen Anspruch auf Ersatz der ihnen in Zusammenhang mit ihrer Amtsausübung entstandenen Aufwendungen (§ 670 BGB) im Rahmen der dem Verein zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, der zu deren Verwendung gefassten Beschlüsse der Organe des Verein und im Rahmen der steuerlich zulässigen Höhe.

(5) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4

Mitgliedschaft, Mitgliedsbeitrag

(1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu stellen. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.

Personen, die in der Gründungsversammlung mit Unterschrift, Name und Adresse erklären, Mitglied des Vereins zu sein (Gründungsurkunde) sind durch diese Erklärung Mitglied des Vereins.

(2) Mitglieder haben

- **Sitz- und Stimmrecht in der Mitgliederversammlung,**
- **Informations- und Auskunftsrechte,**
- **das Recht auf Teilhabe und Nutzung der Angebote des Vereins,**
- **das aktive und passive Wahlrecht bei Erfüllung der satzungsgemäßen Voraussetzungen,**
- **die Pflicht, pünktlich und in voller Höhe die beschlossenen Beiträge zu erbringen,**
- **die Pflicht, Beschlüsse der Gremien des Vereins zu befolgen.**

(3) Die Mitgliedschaft endet

- **bei natürlichen Personen mit dem Tod, bei juristischen Personen mit deren Liquidation,**
- **bei Eröffnung eines Insolvenzverfahrens**
- **durch Austritt,**
- **durch Ausschluss.**

Der Austritt muss schriftlich gegenüber dem Vorstand des Vereins erklärt werden. Er ist nur unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen zum Ende des Kalenderjahres möglich.

(4) Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es in schwerwiegender Weise gegen die Interessen des Vereins verstoßen hat, oder sich vereinsschädigend verhalten hat. Dies ist insbesondere der Fall, wenn das Mitglied:

- **Mitglieder des Vorstandes in der Öffentlichkeit beleidigt,**
- **den Verein in der Öffentlichkeit massiv in beleidigender Form kritisiert.**

(5) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit endgültig. Ein Rechtsmittel gegen den Ausschließungsbeschluss findet nicht statt. Antragsberechtigt ist jedes Mitglied. Dem betroffenen Mitglied ist nach Eingang des Ausschließungsantrages beim Vorstand von diesem für einen Zeitraum von vier Wochen rechtliches Gehör zu gewähren. Während des Ausschließungsverfahrens ruhen sämtliche

Rechte des auszuschließenden Mitglieds. Bei Beendigung der Mitgliedschaft besteht kein Anspruch auf einen Teil am Vermögen des Vereins.

§ 5

Mitgliedsbeiträge

(1) Die Mitglieder zahlen Beiträge, Gebühren und Umlagen, über deren Höhe und Fälligkeit die Mitgliederversammlung jeweils für das folgende Geschäftsjahr entscheidet. Gebühren können erhoben werden für die Finanzierung besonderer Angebote des Vereins, die über die allgemeinen mitgliedschaftlichen Leistungen des Vereins hinausgehen. Umlagen können erhoben werden bei einem besonderen Finanzbedarf des Vereins, der nicht mit den allgemeinen Etatmitteln des Vereins gedeckt werden kann. Die Höhe der Umlage darf den dreifachen Jahresmitgliedsbeitrag nicht übersteigen.

(2) Mitgliedsbeiträge, Gebühren und Umlagen werden möglichst im Bankeinzugsverfahren mittels Lastschrift eingezogen. Ein neues Mitglied hat sich hierzu bei Eintritt in den Verein zu verpflichten, eine Einzugsermächtigung zu erteilen sowie für eine ausreichende Deckung des bezogenen Kontos zu sorgen. Das Mitglied hat für eine pünktliche Entrichtung des Beitrages, der Gebühren und Umlagen Sorge zu tragen.

(3) Auf Antrag eines Mitglieds kann der Vorstand Ratenzahlung sowie Stundung der Zahlung beschließen. Ein Rechtsanspruch auf Ratenzahlung und / oder Stundung der Beitragsschuld besteht nicht. Weist das Konto eines Mitglieds zum Zeitpunkt der Abbuchung des Beitrages, der Gebühren, der Umlage keine Deckung auf, so haftet das Mitglied dem Verein gegenüber für sämtliche dem Verein mit der Beitragseinziehung sowie evtl. Rücklastschriften entstehenden Kosten. Dies gilt auch für den Fall, dass ein bezogenes Konto erloschen ist und das Mitglied dies dem Verein nicht mitgeteilt hat.

§ 6

Organe

Organe des Vereins sind:

- 1. die Mitgliederversammlung**
- 2. der Vorstand**
- 3. die Revisoren.**

§ 7

Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste Gremium des Vereins. Sie ist zuständig für alle Aufgaben, soweit diese nicht dem Vorstand obliegen. Sie ist ausschließlich zuständig für folgende Angelegenheiten:

- **Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes**
- **Entlastung des Vorstandes**
- **Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes und der Revisoren**
- **Änderung der Satzung**
- **Genehmigung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung**
- **Genehmigung des jährlichen Wirtschaftsplanes**
- **Auflösung des Vereins**
- **Festsetzung der Höhe und Fälligkeit von Beiträgen, Gebühren und Umlagen**
- **Erlass von Ordnungen**
- **Beschlussfassung über Anträge der Mitglieder**

(2) Die Mitgliederversammlung sollte im ersten Halbjahr eines jeden Jahres stattfinden. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung – für deren Berufung und Durchführung die gleichen Bestimmungen gelten wie für die ordentliche Mitgliederversammlung - ist einzuberufen:

- **wenn der Vorstand die Einberufung aus wichtigem Grund beschließt**
- **wenn ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe der Gründe vom Vorstand verlangt**

Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen und unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich einzuberufen. Das Erfordernis der schriftlichen Einladung ist auch erfüllt, wenn die Einladung per E-Mail erfolgt. Der Fristenlauf für die Ladung beginnt mit dem Tag der Aufgabe der Einladung zur Post bzw. der Absendung der E-Mail. Maßgebend für die ordnungsgemäße Ladung ist die dem Vorstand letzte bekannte Anschrift / letzte bekannte E-Mail-Adresse des Mitgliedes. Die Mitteilung von Adressänderungen / Änderungen von E-Mail-Adressen ist eine Bringschuld des Mitglieds. Jedes Mit-

glied kann bis spätestens eine Woche vor Beginn der Mitgliederversammlung schriftlich die Ergänzung der Tagesordnung verlangen. Fristgemäß gestellte Anträge sind nachträglich auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Anträge müssen den Mitgliedern nicht vor der Mitgliederversammlung bekannt gegeben werden. Nach Ablauf der Frist gestellte Anträge können nur zur Entscheidung in der Mitgliederversammlung zugelassen werden, mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten.

(3) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, bei dessen Verhinderung von einem vom Vorstand bestimmten Mitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, so bestimmt die Mitgliederversammlung den Leiter. Der Versammlungsleiter übt in der Mitgliederversammlung das Hausrecht aus. Sofern in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, bestimmt der Versammlungsleiter alleine den Gang der Verhandlungen in der Mitgliederversammlung. Seine Entscheidungen sind unanfechtbar.

Für die Dauer der Durchführung von Vorstandswahlen wählt die Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte einen Wahlausschuss, bestehend aus drei Personen.

(4) Wahlen erfolgen stets in offener Abstimmung durch Heben der Hand. Kandidieren in einem Wahlgang zwei oder mehrere Kandidaten, so ist zwingend geheim mit verdeckten Stimmzetteln zu wählen. Eine BLOCKWAHL des Vorstandes oder mehrerer gleichartig zu besetzender Ämter ist nur zulässig, wenn die Mitgliederversammlung dies vor dem Wahlgang einstimmig beschließt. Bei der dann nachfolgenden BLOCKWAHL darf es keine Nein-Stimmen und keine Enthaltungen geben. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter, soweit in dieser Satzung nicht eine Art der Abstimmung zwingend bestimmt ist.

(5) Eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist stets beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.

(6) Über den Verlauf der Versammlung ist ein Protokoll zu erstellen. Das Versammlungsprotokoll ist vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterschreiben.

Es muss enthalten:

- Ort und Zeit der Mitgliederversammlung,**
- Name des Versammlungsleiters und des Protokollführers,**
- Zahl der erschienenen Mitglieder,**

- **Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit,**
- **die Tagesordnung,**
- **die gestellten Anträge, das Abstimmungsergebnis hierzu**
- **die Art der Abstimmung,**
- **Satzungs- und Zweckänderungsanträge in vollem Wortlaut,**
- **Beschlüsse in vollem Wortlaut.**

§ 8

Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus mindestens fünf Personen:

- **der/dem Vorsitzenden**
- **dem/der Schriftführer/in, gleichzeitig stellvertretende/r Vorsitzenden**
- **dem/der Schatzmeister/in**
- **den Beisitzern**

Die Anzahl der Beisitzer wird von der Mitgliederversammlung festgelegt.

Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung und einen Aufgabenverteilungsplan geben.

Der Vorstand tritt nach Einladung durch den Vorsitzenden bei Bedarf zu Vorstandssitzungen zusammen; er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

(2) Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Vorsitzende, der/die Schriftführer/in, und der/die Schatzmeister/in. Es gilt das Vieraugenprinzip. Jeweils zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam zur Vertretung des Vereins berechtigt. Die genannten Vorstandsmitglieder bilden zugleich den geschäftsführenden Vorstand. Diesem obliegt die Erledigung der Verwaltungsaufgaben und der laufenden Geschäfte sowie aller Aufgaben, die nicht in dieser Satzung oder durch Gesetz einem anderen Organ zugewiesen sind. Der Vorstand wird für die Dauer von vier Jahren gewählt.

(3) Der Vorstand hat darüber hinaus folgende Aufgaben:

- **Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,**

- **Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung, die Leitung der Mitgliederversammlung durch die/den Vorsitzende/n oder eine/n Stellvertreter/in,**
- **Aufstellung des Wirtschaftsplanes und Vorlage an die Mitgliederversammlung.**

(4) Die Mitglieder des Vorstandes bleiben so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand von der Mitgliederversammlung gewählt wird. Maßgebend ist die Eintragung des neu gewählten Vorstandes in das Vereinsregister.

(5) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes in der laufenden Wahlperiode aus dem Amt, so bleibt das Amt bis zur Vorstandsneuwahl unbesetzt. Die dem Amt zugeordneten Aufgaben werden durch Vorstandsbeschluss einem anderen Vorstandsmitglied übertragen.

(6) Die Beschlussfassung des Vorstandes erfolgt in Vorstandssitzungen, zu denen der/die Vorsitzende nach Bedarf einlädt. Es entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

(7) Im Einzelfall kann der/die Vorsitzende anordnen, dass die Beschlussfassung über einzelne Angelegenheiten im Umlaufverfahren per E-Mail erfolgt. Es gelten, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt wird, die Bestimmungen dieser Satzung. Der/die Vorsitzende legt die Frist zur Zustimmung zu einer Beschlussvorlage im Einzelfall fest. Die Frist muss mindestens drei Tage ab Zugang der E-Mail-Vorlage sein. Die E-Mail-Vorlage gilt dem Vorstandsmitglied als zugegangen, wenn dem Absender der Email die Versende-Bestätigung vorliegt. Für den Nichtzugang ist der E-Mail- Empfänger beweispflichtig. Widerspricht ein Vorstandsmitglied der Beschlussfassung über eine E-Mail innerhalb der gesetzten Frist, muss der/die Vorsitzende zu einer Vorstandssitzung einladen. Gibt ein Vorstandsmitglied keine Stimme ab, so gilt dies als Zustimmung zum Umlaufverfahren und zur Beschlussvorlage.

(8) Der Vorstand kann besondere Vertreter gem. § 30 BGB bestellen und abberufen und deren Wirkungskreis bestimmen.

(9) Der Vorstand kann mit Beschluss mit einer 4/5-Mehrheit Vorstandsmitglieder und ehrenamtlich für den Verein nach dieser Satzung tätige Personen ihres Amtes entheben, wenn

- **eine Verletzung von Amtspflichten oder**
- **der Tatbestand der Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Amtsausübung**

vorliegt.

Dem/der Betroffenen ist vor der Entscheidung rechtliches Gehör zu gewähren. Gegen eine ordnungsgemäße Entscheidung des Vorstandes über die Amtsenthebung stehen dem Betroffenen keine Rechtsmittel zu.

§ 9

Revisoren

(1) Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreise der stimmberechtigten Mitglieder zwei Revisoren und einen Stellvertreter für zwei Geschäftsjahre. Diese sollen in Buchführungs- und Geschäftsaufzeichnungsfragen erfahren sein. Die Wiederwahl der Revisoren ist einmalig für zwei weitere Geschäftsjahre möglich.

(2) Aufgabe der Revisoren ist die Prüfung der Finanzbuchhaltung und Finanzverwaltung sowie der Kasse des Vereins und evtl. bestehender Untergliederungen. Die Revisoren sind zur umfassenden Prüfung der Kasse und des Belegwesens in sachlicher und rechnerischer Hinsicht berechtigt und verpflichtet. Die Revisoren können auf wirtschaftlichem Gebiet beratend tätig sein. Die Festlegung der Zahl der Prüfungen liegt in pflichtgemäßem Ermessen der Revisoren. Den Revisoren ist vom Vorstand umfassend Einsicht in die zur Prüfung begehrten Vereinsunterlagen zu gewähren. Auskünfte sind ihnen zu erteilen. Die Vorlage von Unterlagen sowie Auskünfte können nicht verweigert werden.

(3) Die Revisoren erstatten der Mitgliederversammlung Bericht über das Ergebnis ihrer Prüfhandlungen und empfehlen dieser ggf. in ihrem Prüfbericht die Entlastung des Vorstandes.

§ 10

Finanzierung, Wirtschaftsplan

(1) Der Verein finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Umlagen, Spenden, Zuweisungen und Entgelte.

(2) Für jedes Geschäftsjahr ist ein Wirtschaftsplan aufzustellen.

§ 11

Haftung

Die Haftung der Organmitglieder gegenüber dem Verein wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

§ 12

Auflösung des Vereins und Vermögen

(1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer für diesen Zweck eigens einberufenen Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

(2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des satzungsgemäßen Zwecks fällt das nach Bereinigung eventueller Verbindlichkeiten noch vorhandene Vereinsvermögen der Stadt Nidda (Körperschaft des öffentlichen Rechts) zu, die das Vermögen unmittelbar und ausschließlich zur Förderung der Dorfgemeinschaft Unter-Widdersheim, insbesondere der Senioren-, Familien- und Jugendarbeit einzusetzen hat.

Einstimmig beschlossen von der ersten Mitgliederversammlung des Vereins Dorfgemeinschaft Unter-Widdersheim in dessen Gründungsversammlung am 16. Juni 2015 im Dorfgemeinschaftshaus Echzeller Str. 1, Stadtteil Unter-Widdersheim, Stadt Nidda.

Arthur Schneider

(Vorsitzender)

Markus Schorer

(Schriftführer)

Klaus-Dieter Kammer

(Schatzmeister)

Beisitzer:

Marion Freiensehner/Curtis McLemore/Alexander Walz/Karl-Heinz Weber